



Wirtschaft Aktuell

Gas-Embargo würde Deutschland in die Rezession treiben

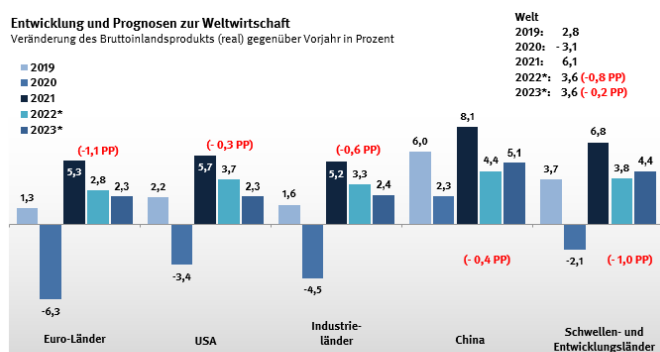
Krieg und Sanktionen belasten nach den Prognosen des IWF weltweit die Entwicklung. Die größten Verluste erleidet Europa. Es wird aber noch von einem globalen Wachstum von 3,6 Prozent 2022 und 2023 ausgegangen. Chinas Wirtschaft wird vor allem durch die Corona-Infektionen und -Maßnahmen beeinträchtigt. Ohne Ausweitung der Sanktionen gehen die Wirtschaftsforschungsinstitute von einer Fortsetzung der Erholung in Deutschland aus. Das sieht für den Fall eines möglichen Gas-Embargos ganz anders aus. Eine Rezession ist dann unvermeidlich. Der Streit der Ökonomen dreht sich lediglich darum, wie stark der wirtschaftliche Einbruch ausfallen wird. Die steigenden Energiepreise heizen die Inflationsrate weiter an. Für 2022 werden in den aktuellen Prognosen ohne Embargo Preissteigerungen von bis zu 8,2 Prozent erwartet.

Obwohl Russland und die Ukraine keine ökonomisch bedeutenden Länder sind und Russland nicht besonders stark in die Weltwirtschaft eingebunden ist, **haben der russische Angriff auf die Ukraine und die in Folge erhobenen Sanktionen weltweite Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung.** Der internationale Währungsfonds hat seine globale Wachstumsprognose im April im Vergleich zu seiner letzten (Vorkriegs)-Schätzung um 0,8 Prozentpunkte nach unten korrigiert. Nach einem kräftigen Wachstum von 6,1 Prozent 2021 nimmt die weltweite Wirtschaftsleistung nach dieser Einschätzung 2022 und 2023 um jeweils 3,6 Prozent zu.

zur Abriegelung ganzer Wirtschaftsräume führt, bremsen die Entwicklung in China aus.

Der Krieg bedeutet für die Ukraine nicht nur viel menschliches Leid, sondern auch ein wirtschaftliches Desaster. Der IWF erwartet ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um minus 35 Prozent. Wobei das natürlich auch stark vom weiteren Verlauf des Krieges abhängt. Gegen Russland wirken die bisher verhängten Sanktionen. Das Land rutscht in die Rezession. Der IWF prognostiziert einen Rückgang des BIP von -8,5 Prozent.

Entwicklung und Prognosen zur Weltwirtschaft
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent



Anteile an der Weltwirtschaftsleistung 2020 (WF, World Economic Outlook, Oktober 2021):
USA: 24 Prozent, Europäische Union: 17,9 Prozent, China: 17,4 Prozent, Restliche Welt: 39,9 Prozent
Korrektur gegenüber der Januar-Prognose in Prozentpunkten

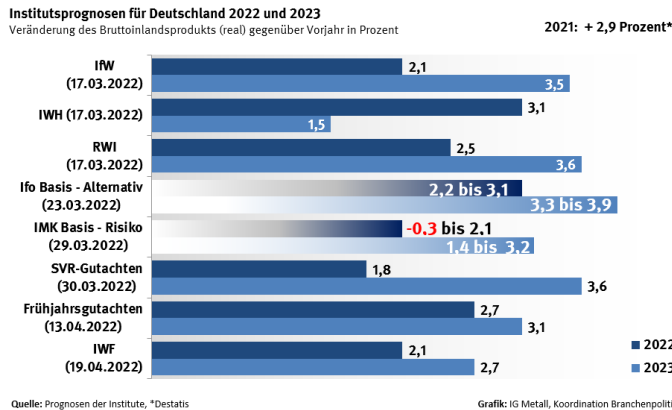
Quelle: IWF, April 2022 (* = Prognose)

Grafik: IGM Metall, Koordination Branchenpolitik

Besonders stark schlagen sich die Ereignisse in Europa nieder. Für den Euroraum wurde die Wachstumsprognose um minus 1,1 Prozentpunkte zurückgenommen. **Es bleibt aber trotz Krieg bei der wirtschaftlichen Erholung mit 2,8 Prozent Wachstum in diesem und 2,3 Prozent im nächsten Jahr.** Die USA werden vom Krieg wirtschaftlich kaum getroffen. Ihre Wirtschaftsleistung legt 2022 um 3,7 Prozent zu. Deutlich schwächer entwickelt sich die chinesische Wirtschaft. Ihr Wachstum verringert sich gegenüber den 8,1 Prozent 2021 auf nur noch 4,4 Prozent. Das ist aber keine Folge des Krieges. Wiederholte Corona-Ausbrüche und die Zero-Covid-Strategie, die

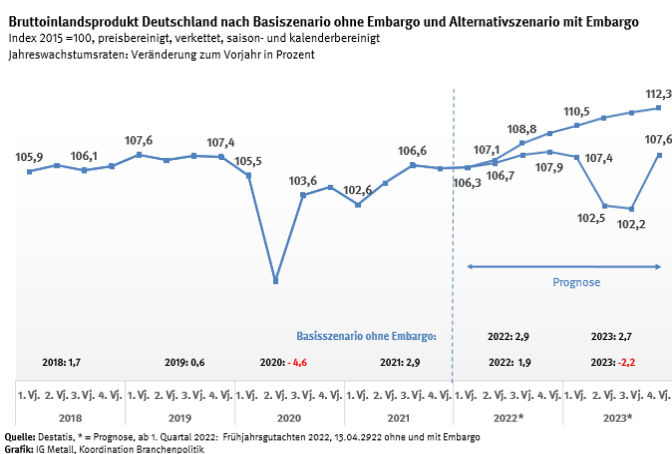
Unter der Bedingung, dass es zu keiner Ausweitung der Sanktionen auf Öl und Gas gegen Russland kommt, erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute eine weitere Erholung in Deutschland. Die Wachstumsraten fallen zwar deutlich niedriger aus, als es noch vor dem Krieg prognostiziert wurde und es dauert bis in den Herbst, bis das Vorkrisenniveau wieder erreicht wird. Aber es bleibt bei einer Zunahme der Wirtschaftsleistung. Im Herbstgutachten der Gemeinschaftsdiagnose war für 2022 von einem Wachstum von 4,8 Prozent ausgegangen worden. Vor allem der kriegsbedingte starke Anstieg der Preise für Energierohstoffe bremsen nun die wirtschaftliche Entwicklung und führt zu einer Wachstumserwartung von nur noch 2,7 Prozent.

Damit ist die Frühjahrsprognose eher optimistisch. In den aktuellen Prognosen des IMK und des Sachverständigenrates wird nur ein Wachstum von 2,1 bzw. 1,8 Prozent erwartet (IMK Basisszenario). **In einem Risikoszenario geht das IMK von einem Rückgang um 0,3 Prozent aus.** Treiber des Wachstums ist der private Konsum. Im Frühjahrsgutachten sind 2,5 Prozentpunkte des gesamten Wachstums darauf zurückzuführen. Die gelockerten Corona-Maßnahmen erlauben ein kräftiges Wachstum vor allem im Dienstleistungsbereich. Bremsend wirken die Kaufkraftverluste durch die starken Preissteigerungen. Im Verarbeitenden Gewerbe bleiben die unterbrochenen Lieferketten weiterhin ein Problem, was durch die Kriegsfolgen zu nächst noch verschärft wird.



Allen diesen Berechnungen liegt die Annahme zugrunde, dass es zu keinem Energie-Embargo gegenüber Russland oder einem Lieferstopp der Russischen Föderation kommen wird. Wird ein (Teil-)Embargo unterstellt, ergibt sich kurzfristig ein Abschlag vom BIP im jeweiligen Basisszenario von minus 0,5 bis minus 3,0 (ECONtribute/Bachmann et al. 2022) bzw. bis minus 6 Prozent (IMK). In letzterem Fall würde der zu erwartende Einbruch der Wirtschaftsleistung deutlicher ausfallen als aufgrund der Corona-Krise im Jahr 2020 (minus 4,6 Prozent).

Das im Rahmen der gemeinsamen Frühjahrsprognose der Institute errechnete Alternativszenario erwartet im Fall eines kompletten Lieferstopps aus Russland für Erdöl und Erdgas ab Mitte April 2022 für dieses Jahr zwar noch einen Zuwachs um 1,9 Prozent, aber für das Jahr 2023 eine scharfe Rezession und demzufolge einen BIP-Einbruch um 2,2 Prozent. Das Vorkrisenniveau wird zwar im vierten Quartal 2022 kurzfristig erreicht, in den anschließenden drei Quartalen sinkt das BIP jedoch um 5,3 Prozent. Das Vorkrisenniveau wäre folglich frühestens im vierten Quartal 2023 greifbar, während dies im Basisszenario ohne Embargo bereits im dritten Quartal 2022 geschieht.



Über die Frage, ob und wie solche dramatischen Ereignisse wie das vollständige Abschneiden eines Großteils der Energiezufuhr in Simulationsmodellen abgebildet werden kann, wurde in den vergangenen Wochen unter Ökonomen heftig

gestritten. Die Kritik entzündete sich insbesondere an den Analysen von Bachmann (et al., ECONtribute Policy Brief No. 029, 2022), welche von sehr geringen und verkraftbaren Verlusten ausgehen. Kritikpunkte sind:

- Die eingeschränkte Substituierbarkeit von Gas in der Grundstoffchemie und in Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes (Metallerzeugung und Glas) sowie die Auswirkungen eines Gas-Embargos auf die komplexen Wertschöpfungsketten sind vermutlich nicht angemessen abgebildet.
- Darüber hinaus werden wichtige Wirkungskanäle vernachlässigt. So lässt der methodische Ansatz keine Arbeitslosigkeit und mögliche Störungen auf den Finanzmärkten zu, bzw. es wird unterstellt, dass die Geld- und Fiskalpolitik in der Lage sind, die negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft rückgängig zu machen (Bachmann et al. 2022, S. 7 f.).
- Es werden nur angebotsseitige Störungen erfasst. Indirekte Effekte über die gesamtwirtschaftliche Nachfrage werden ausgeklammert (zur Kritik siehe z. B. Krebs, T.: Wie man die Auswirkungen eines Gas-Embargos nicht berechnen sollte, Makronom 2022).

Die Folgen eines Embargos werden somit eher unterschätzt. Die Belastbarkeit solcher Projektionen ist fraglich.

Allen Prognosen — sowohl ohne als auch mit Energie-Embargo — gemeinsam ist die zentrale Annahme, die sich auch in den aktuellen Entwicklungen auf den Märkten zeigt, dass die Energiepreise steigen und höher bleiben werden. Die Unternehmen können die höheren Kosten zumindest teilweise über die Erzeugerpreise an die Kunden weitergeben. So waren die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte in Deutschland im März 2022 knapp 31 Prozent höher als vor einem Jahr. Der höchste Anstieg seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949! Die Verbraucher müssen einen Kaufkraftverlust hinnehmen, wenn die Entgelte nicht entsprechend zulegen. Das belastet den Konsum und das Wachstum. Für 2022 werden in den aktuellen Prognosen ohne Embargo Inflationsraten von 4,8 bis 8,2 Prozent erwartet. Im kommenden Jahr geht der Preisauftrieb weiter, allerdings mit etwas geringerer Rate. Die Prognosen streuen zwischen plus 1,8 und plus 3,4 Prozent. Im Durchschnitt liegt die Inflationsrate 2023 bei 2,3 bis 2,8 Prozent.

